

Nichts Neues am Hindukusch?

Zwischen militärischer Logik und ziviler Strategie

Einleitung zum Schwerpunkt

von Kai Burmeister, Cordula Drautz und Stefan Stache

„Die Afghanen müssen selbst mehr Verantwortung für die Sicherheit und den Wiederaufbau ihres Landes übernehmen“ so der Tenor auf der Londoner Afghanistan-Konferenz. Nicht die Taliban-Aussteigerprogramme und auch nicht die Truppenaufstockung waren das Beachtliche an der Konferenz, sondern die im Chor von der westlichen Staatengemeinschaft eingeforderte starke Betonung der afghanischen Eigenverantwortung. Ob es dabei um einen tatsächlichen Strategiewechsel geht oder darum, die Verantwortung für die festgefahrene Lage bzw. das Scheitern am Hindukusch zunehmend Karsai und den Afghanen zuzuschieben, wird sich erst noch zeigen müssen. Fraglos hat diese einen nicht unbeträchtlichen Anteil an der prekären Lage des Landes. Die Enttäuschung liegt jedoch auch darin begründet, dass die westliche Staatengemeinschaft von vornherein den Umfang der selbstgestellten Aufgabe – gleichzeitig einen Staat aufzubauen und Terrorismus zu bekämpfen – massiv unterschätzt hat.

9 Jahre Afghanistan – Viele Illusionen und neuer Realismus

Die politische wie militärische Bilanz im neunten Jahr des Afghanistan-Einsatzes sieht blamabel schlecht aus. Die paschtunisch besiedelten Grenzgebiete, die schon in der Vergangenheit von keiner afghanischen Zentralregierung, aber auch nicht von den über längere Zeit aktiven Besatzungs- und Schutzmächten, hinreichend kontrolliert werden konnten, sind auch seit dem Sturz der Taliban-Regierung unverändert Operationsgebiet unterschiedlicher, überwiegend als terroristisch eingeschätzten Widerstandsgruppen mit teils nationaler,

teils internationaler Agenda, die überwiegend diesseits und jenseits der afghanisch-pakistanischen Grenze agieren. Der Gefahrenschwerpunkt aus der Perspektive des von den USA und ihren Verbündeten, auch unter der neuen Obama-Administration zumindest in den vorderasiatischen Konfliktgebieten weitergeführten „Kriegs gegen den Terrorismus“ hat sich dabei deutlich auf die pakistanische Seite verlagert.

Die ernüchternde Lagebeschreibung ist nicht auf den üblich kritischen Einwurf der politischen Linken zurückzuführen. Vielmehr kommen auch die Militärs der NATO sowie die Regierungen in Washington, London und Berlin nicht mehr an der verschlechterten Sicherheitslage in vielen Landesteilen und den ernüchternden Aufbauerfolgen vorbei. Es ist daher kein Zufall, dass Verteidigungsminister Freiherr zu Guttenberg nach dem desaströsen Umgang mit dem Angriff auf den Tanklaster zuletzt gleich an zwei Punkten die Flucht nach vorn angetreten hat.

Einschätzung des Militäreinsatzes: In der deutschen Debatte haben das Kanzleramt zusammen mit dem Außen- und Verteidigungsministerium lange das Bild gezeichnet, wonach die Bundeswehr eher als bewaffnetes THW zum Wiederaufbau denn als Armee im Kampfeinsatz unterwegs ist. Guttenberg hingegen spricht von „fraglos kriegsähnlichen Zuständen“ bzw. im Sinne des Völkerrechts von „nicht internationalen bewaffneten Konflikten“, was landläufig eben als Krieg betrachtet wird. Nicht zuletzt der Luftschlag von Kundus Anfang September, bei dem zahlreiche Zivilisten getötet wurden, hat die tödlichen

Foto: www.fotolia.com, © TheGame u. Julija Sapic



Folgen von Militäreinsätzen verdeutlicht. Die letzten Monate waren für die deutsche Politik wie für die Bevölkerung daher so etwas wie eine radikale Konfrontation mit der afghanischen Realität von bewaffneten Einsätzen als Mittel der Politik. Das wenig kenntnisreiche Abnicken eines Mandates mit solch weit reichenden Kompetenzen und Folgen wird im Nachhinein manch Abgeordneten die Verantwortung vor Augen geführt haben, die die Zustimmung zu internationalen Bundeswehreinsätzen mit sich bringt.

Ziel des Einsatzes: Neben dem Vertreiben der Taliban aus der Regierung herrschte lange Zeit eine ziemliche Unklarheit über die Einsatzziele – die Liste reichte vom „Mädchen den Schulbesuch ermöglichen“, über „Freiheit und Menschenrechte verteidigen“, über quasi „blühenden Landschaften“ bin hin zu „Terroristennester ausheben“. Anknüpfend an Clausewitz ist „Krieg ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen“, doch schon an dieser Stelle wird das Dilemma deutlich. Wer genau ist eigentlich der Gegner, was soll erreicht werden? Auch an dieser Stelle präzisiert der Verteidigungsminister nun das Ziel, wonach es in Afghanistan wohl nie eine Demokratie nach westlichem Vorbild geben werde. Angesichts der ökonomischen und politischen Ausgangslage (Afghanistan er-

zielt laut UNDP-Angaben ein Pro-Kopf-Einkommen von 1050 Dollar im Jahr und die Lebenserwartung liegt knapp 44 Jahren) ist die Unmöglichkeit der Demokratie nach westlichem Vorbild an sich eine banale Feststellung. Dennoch ist gerade in Deutschland – mehr von politischer Seite und deutlich weniger von der Bundeswehr – lange Zeit ein Traumschloss des bald prosperierenden Afghanistans gezeichnet worden. Tatsächlich ging es militärstrategisch für die Truppensteller vor allem darum, eine erneute von Afghanistan

ausgehende Bedrohung durch den internationalen Terrorismus auszuschalten, um das Land und deren Bevölkerung selbst ging es hingegen kaum.

Politische Linke – zwischen allgemeinem Desinteresse und Bewertungsunterschieden der Experten

Die politische Linke steht dem Afghanistan-Einsatz insgesamt recht hilflos gegenüber. Zwar wurde vielfach der berühmte Satz „Deutschlands Sicherheit wird auch am Hindukusch verteidigt“ kritisch aufgegriffen, aber die an sich linke Kernkompetenz des Internationalismus erweist sich an diesem Punkt als Leerstelle. Es ist nicht gelungen, eine Antwort darauf zu finden, wie die Sicherheit und vor allem die Lebensperspektiven der afghanischen Bevölkerung geschützt bzw. entwickelt werden können ohne eine militärische Intervention vorzusetzen. Eine Mischung aus grundsätzlicher Ablehnung des Militäreinsatzes und Desinteresse gegenüber der innenpolitischen Lage bestimmt die zögerliche linke Afghanistanpolitikdebatte in Deutschland. Afghanistan ist im Kern ein exklusives Expertenthema für die jeweiligen Facharbeitskreise der Parteien, der Friedensbewegung und dem kleinen Kreis der entwicklungspolitischen NGOs.

Auch innerhalb dieser Expertenkreise bestehen zudem an zentralen Punkten unterschiedliche Einschätzungen:

- Befürwortung oder Ablehnung der militärischen Intervention gegen die Taliban einschließlich der künftig anstehenden Entscheidungen über Truppengröße und Abzugsdaten?
- Zivil-militärische Zusammenarbeit – ein nur aus dem Gleichgewicht geratenes Konzept der sicherheitspolitischen Stabilisierung und des zivilen Wiederaufbaus oder der Missbrauch des Zivilen im Rahmen einer militärischen Konzeption?

Um den schwierigen Umgang der politischen Linken in Deutschland zu verstehen, ist zunächst ein kurzer Rückblick auf die außen- und verteidigungspolitische Konzeption am Beispiel der Sozialdemokratie in den letzten 20 Jahren hilfreich. Noch auf dem Münsteraner Parteitag 1988 gelang es sozialdemokratischen Linken, einen Beschluss durchzusetzen, der jeglichen Einsatz der Bundeswehr außerhalb der NATO als verfassungsrechtlich nicht zulässig ablehnte. Ausdrücklich eingeschlossen waren von diesem Beschluss auch Blauhelm-Einsätze. Drei Jahre später öffnete sich die SPD programmatisch für friedenserhaltende Blauhelme, lehnte aber kämpfende Grauhelme strikt ab. Ende der 1990er Jahre beteiligte sich dann die rot-grüne Bundesregierung an dem völkerrechtswidrigen Angriff gegen Jugoslawien, der innerparteilich zwar auf einigen Widerstand stieß, aber nicht verhindert werden konnte. Ab dem Jahr 2001 erfolgte dann im Bundestag die Zustimmung zur Operation Enduring Freedom sowie zum ISAF-Einsatz mit allmählich wachsenden Truppenkontingenten. Rückblickend war während der sozialdemokratischen Regierungszeit eine innerparteiliche Debatte über die tatsächlich geänderte Sicherheitslage und die daraus abzuleitenden Konsequenzen jenseits der Regierungsvorgabe nicht möglich. Zusammengefasst: Realpolitisch wurde aus

dem helfenden Sanitären in Uniform über den Blauhelm schließlich ein robuster Kampfeinsatz. Aus der Bundeswehr, die bis 1990 noch auf die Panzerschlacht in der norddeutschen Tiefebene ausgerichtet war, wurde eine stark professionalisierte Armee, die am Boden, auf dem Wasser und in der Luft an zahlreichen Einsätzen rund um den Globus beteiligt ist. In der SPD wurde diese Veränderung programmatisch nie aufgearbeitet.

Mit diesem Heftschwerpunkt will spw einen Beitrag für die dringend notwendige Debatte leisten. Die Bandbreite der Sichtweisen der AutorInnen spiegelt dabei die angesprochene Vielstimmigkeit innerhalb der politischen Linken wider. Es geht uns darum, nötige gemeinsame Eckpunkte rund um die sicherheitspolitische Aufstellung zu finden. Auch wer den Militäreinsatz in Afghanistan ablehnt, muss sich sowohl mit den Folgen der Bundeswehrpräsenz als auch mit den Auswirkungen eines sofortigen Abzugs auseinandersetzen. Es stellt sich die Frage, an welchem Maßstab die Erfolge bzw. Misserfolge des bisherigen Einsatzes gemessen werden können und bei welchen erreichten Ergebnissen er somit für zielführend und damit für beendigungsfähig erklärt werden kann.

Timo Noetzel konstatiert „Deutschlands fehlende Debatte“ und verweist auf eine Reihe von Erfolgsfaktoren für die Zukunft des Einsatzes. Eine effektive afghanische Regierung als Partner der westlichen Staatengemeinschaft gehöre ebenso dazu wie die konstruktive Unterstützung von Pakistan und Iran. Das erfordere die Formulierung von klaren Zielvorgaben und die Anerkennung, dass polizeiliche Ausbildungsprogramme ohne Kampftruppen nicht denkbar seien.

Die offizielle Politik betont, dass Afghanistan nie wieder zum Ausgangspunkt für Terrorismus von Al-Qaida werden darf. Was wollen Deutschland und andere Truppensteller darüber hinaus am Hindukusch? Werner

Ruf schaut auf die geostrategische Bedeutung des Landes und betont, dass für den intervenierenden Westen auch die Kontrolle über die Transportwege für Rohstoffe und Energieträger kriegsentscheidend gewesen sei. Damit ist freilich nicht behauptet, dass tatsächlich in näherer Zeit ein Pipelineprojekt realisiert wird, aber zu einer Einschätzung der Interessen gehören zwingend auch die ökonomischen und energiepolitischen Überlegungen rund um Afghanistan und seinen direkten Nachbarn wie Pakistan, Iran und China.

Der weit verbreiteten Unkenntnis über die innenpolitische Situation begegnen in diesem Heft zwei Autoren. Thomas Gebauer von Medico International zieht eine kritische Bilanz der zivil-militärischen Zusammenarbeit, grenzt die Möglichkeiten von Hilfsorganisationen ein und plädiert für den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen und eine Stärkung der ökonomischen Basis als unverzichtbare Voraussetzungen für eine Entwicklung des Landes. Marc Thörner, Journalist und Gewinner des „Otto Brenner Preises für Kritischen Journalismus“, geht auf die Provinzwiederaufbauteams (PRTs) ein und beschreibt die Widersprüchlichkeit von Kooperationen mit Warlords, die sich zunehmend als Hindernis für die Stabilisierung erweisen.

Auch an anderer Stelle ergeben sich Probleme: Die Ausbildung der afghanischen Polizei wird als ein wichtiger Beitrag deutscher und europäischer Aufbauhilfe betrachtet. Im aktuellen Interview außerhalb dieses Schwerpunktes geht Wolfgang Gunkel (Innenpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion) auf die Praxis dieser Ausbildung ein und stellt fest, dass diese Polizeiausbildung am ehesten mit einer Schnellschulung paramilitärischer Einheiten zu vergleichen ist.

Das Interview mit Lars Klingbeil, lange Jahre verantwortlich für internationale Politik im Juso-Bundesvorstand und seit Herbst 2009 Mitglied im Verteidigungsausschuss, gibt Auf-

schluss über die innerparteiliche Diskussion, die Möglichkeiten des Bundestages bei der Steuerung der Bundeswehr und die Ziele des Untersuchungsausschusses in Sachen Kundus.

Ute Finckh kritisiert mit Blick auf das Missverhältnis zwischen Mitteln für den zivilen Aufbau und für das Militär, dass es nicht um die militärische Absicherung wirtschaftlicher, sozialer und demokratischer Entwicklung, sondern um das Erkaufen fehlender militärischer Erfolge mit der Entwicklungshilfe gehe. Auf diese Weise fließe ein Großteil der Hilfe an den ruhigen Regionen vorbei und gewaltsamer Aufstand werde zusätzlich belohnt. Bundesregierung und die EU verfügten nicht über geeignete Instrumente zur Förderung von Frieden, Staatsaufbau und menschlicher Sicherheit in Krisenregionen. Die SPD müsse sich nach den Prioritäten ihrer Politik fragen lassen, da dieser Mangel schon 2001 offensichtlich war.

Ausblick auf die weitere Debatte

Die deutliche Ablehnung des Bundeswehreininsatzes in der deutschen Bevölkerung hat ihre Ursache sicher in der Erfahrung der Schrecken von zwei Weltkriegen, des Militarismus und des Rüstungswettlaufs im Kalten Krieg. Grundsätzlich ist die Forderung einer friedlichen Lösung von Konflikten mit Hilfe von Prävention und ziviler Konfliktbearbeitung für die Linke handlungsleitend. Eine solche Vorstellung ist nicht nur Bestandteil einer pazifistischen bzw. antimilitaristischen Grundorientierung. Vielmehr geht es darum, dass der Einsatz von militärischer Gewalt zur Lösung politischer Konflikte strukturell ungeeignet ist. Die Debatte, ob und unter welchen Bedingungen Militär nach dem Ausschöpfen ziviler Mittel eingesetzt wird, ist in der Linken lange kontrovers diskutiert worden. Der Einsatz von Militär kann nur aus der Analyse des konkreten Einzelfalls heraus entschieden werden und muss unter äußerst restriktiven Voraussetzungen erfolgen. Der aktuelle Unmut gegenüber Afghanistan entzündet sich daran, dass das Prin-

zip „Zivil vor Militärisch“ im „Krieg gegen der Terror“ verletzt wurde und als weiteres Glied in der Kette eine schleichende Militarisierung der Politik betrachtet wird.

Der fest angekündigte Rückzug der NATO-Länder Kanada und Niederlande macht deutlich, dass der Militäreinsatz am Hindukusch nicht zeitlich unbegrenzt stattfinden wird. Auf welche Schwerpunkte muss sich politisches Handeln jetzt konzentrieren?

Die politische Linke ist gut beraten, sich nicht in das Schneckenhaus nationaler Politik zurückzuziehen. Genauer hinschauen lautet die Lehre aus der an zu vielen Punkten ernüchternden Bilanz. Es ist gerade die Chance und historische Aufgabe, die sozialen, ökonomischen und politischen Interessen der afghanischen Bevölkerung aufzugreifen und zu thematisieren. Die militärische Verteidigung deutscher Sicherheitsinteressen mag legitim sein oder auch nicht, die Interessen der afghanischen Bevölkerung sind dies ohne jeden Zweifel.

Was braucht es dazu? Oberster Leitlinie muss eine zivile Perspektive sein. Notwendig sind der Aufbau funktionierender staatlicher Institutionen und die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit. Es geht um die Verbesserung der Sicherheit für die Bevölkerung durch Stärkung der Fähigkeiten und Verlässlichkeit der afghanischen Armee und Polizei. All das ist nicht ohne ein ökonomisches Fundament denkbar. In erster Linie geht es daher um Perspektiven für die Landwirtschaft und lokale Wirtschaft jenseits der Drogenökonomie. Ohne effektive Investitionsprogramme, die z.B. das lokale Handwerk fördern, fehlen die notwendigen Beschäftigungs- und Lebensperspektiven als Alternative zur Kriegsökonomie. Statt einer gescheiterten zivil-militärischen Strategie muss die massive Umwidmung von Mitteln für militärische Zwecke in Gesundheits-, Bildungs- und Beschäftigungsprogramme eingeleitet werden.

Frieden wird nicht ohne eine Aussöhnung der Konfliktparteien in und um Afghanistan möglich sein. Ohne eine Lösung der pakistanischen Staatskrise und langfristig ohne eine grundlegende Entschärfung des indisch-pakistanischen Konflikts um Kaschmir kann Afghanistan nicht zur Ruhe kommen. Darauf aufbauend braucht es ein tragfähiges und realistisches Abzugskonzept für die Bundeswehr.

Zentral ist die Einsicht, dass die Taliban oder zumindest die als „gemäßigt“ eingestuften Teile von ihnen zu den bei den Anstrengungen zur politischen Stabilisierung Afghanistans zu berücksichtigenden Akteuren gehören. Ein solcher „politischer Strategiewechsel“ gründet auf der Einsicht, dass die Taliban weder militärisch final zu besiegen sind noch dass mit einer solchen Strategie die „Köpfe und Herzen“ der afghanischen Bevölkerung zu gewinnen wären.

Nötig ist auch eine neue rechtspolitische Bewertung von Bundeswehreinräten jenseits der Nato-Grenzen. Dieter Deisenroth, Richter am Bundesverwaltungsgericht, hat kürzlich in einem Beitrag in den *Blättern für deutsche und internationale Politik* auf die grundgesetzlichen Beschränkungen hingewiesen und eine rechtspolitische Debatte angemahnt.

Der SPD wie der politischen Linken insgesamt würde es gut tun, sich tatsächlich der Zukunft Afghanistans anzunehmen. Bislang steht das Land zu sehr in der Ecke des politischen Desinteresses. Afghanistan muss aus dieser Ecke herausgeholt werden, erst so kann die Dominanz des Militärischen überwunden werden. ■

☞ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär und ist im spw-Zusammenhang aktiv.

☞ Cordula Drautz, Politikwissenschaftlerin, lebt in Berlin und ist Mitglied der spw-Redaktion.

☞ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw.